Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Dienstag, 10. März 2009
Ausgabe 046

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Bürgerangelegenheiten **4**
Meldungen **4**
› „Kandinsky – Absolut. Abstrakt“: Erfolgreichste Ausstellung in der Geschichte des Lenbachhauses 4
› Neues Wohnen am Agfapark 5
› Zweite Vorbereitungssitzung für die Stadtteilwoche Feldmoching - Hasenbergl - Nordheide - Hart 6
› Seminar „Was hat Antisemitismus mit mir zu tun?“ 7
› Bayrischer Tanzkurs für Fortgeschrittene 7
› Winterdienstbilanz für Montag, 9. März 8
Antworten auf Stadtratsanfragen **9**
› Situation bei der Gewerbesteuer 9

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat **11**

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Mittwoch, 11. März, 11 Uhr,
Bayerischer Rundfunk, Studio 1, Rivastraße 1
Oberbürgermeister Christian Ude spricht Grußworte zur Präsentation der Fernsehdokumentation „Hitler vor Gericht". Bei dem 60-minütigen Projekt des Bildungskanals BR alpha handelt es sich um die erste mit Schauspielern besetzte Aufbereitung des Hitler-Prozesses im April 1924 für das deutsche Fernsehen. Im Mittelpunkt des Dokumentarspiels stehen die wichtigsten der 24 Prozesstage in München, die anhand der Gerichtsprotokolle authentisch nachgestellt wurden.
Achtung Redaktionen: Geschlossene Veranstaltung, Medienvertreter sind willkommen. Aufgrund von Filmaufnahmen ist pünktliches Kommen bis spätestens 11 Uhr unbedingt erforderlich, danach kein Einlass mehr. Eine Anmeldung unter Telefon 59 00-39 01 oder 59 00-21 76 ist erforderlich.

Wiederholung
Mittwoch, 11. März, 11 Uhr, Grütznerstube im Rathaus
Bürgermeister Hep Monatzeder und Gesundheits- und Umweltreferent Joachim Lorenz präsentieren im Rahmen einer Pressekonferenz gemeinsam die „Halbzeit"-Ergebnisse des Bündnisses „München für Klimaschutz" und stellen die klimaschutzpolitischen Aktivitäten der Landeshauptstadt München vor. Seit Ende 2007 setzen sich maßgebliche Akteure aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft, Bildung und Umweltverbänden aus dem Großraum München als Bündnispartner mit viel Ideenreichtum und Einsatzfreude für einen besseren Schutz des Klimas in und um München ein. Als weiteres Highlight werden Reinhold Achatz, Leiter der zentralen Forschung der Siemens AG, und Dr. Stefan Lechtenböhmer vom Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt und Energie die Studie „Sustainable Urban Infrastructure: München – Wege in eine CO_2-freie Zukunft" vorstellen, die Siemens als Partner im Bündnis „München für Klimaschutz" durch das Wuppertal-Institut erstellen ließ. Die Studie zeigt Wege auf, wie München bis zum Jahr 2058 – dem Jahr des 900-jährigen Stadtjubiläums – nahezu CO_2-frei werden kann.

Wiederholung
Mittwoch, 11. März, 11.30 Uhr, Ratskeller, Botticellistuben
Bürgermeisterin Christine Strobl spricht bei der Preisverleihung des Helmut-Stegmann-Nachwuchs-Förderpreises für lokale und regionale Sportberichterstattung. Mit dem Preis werden junge Journalistinnen und Journali-

sten für Arbeiten ausgezeichnet, die während ihrer Ausbildungszeit an einer anerkannten Journalistenschule geschrieben und veröffentlicht wurden.

Wiederholung
Mittwoch, 11. März, 18 Uhr, Saal des Alten Rathauses
Stadtschulrätin Elisabeth Weiß-Söllner ehrt im Rahmen einer feierlichen Veranstaltung Münchens Jugendbeste im Sport und Schulsport 2008. Besonders erfolgreich waren u. a. die U 17-Juniorinnen und -Junioren des TSV München-Großhadern im Judo, die jeweils Deutscher Mannschafts-Meister wurden, sowie sechs Juniorinnen des FC Bayern München, die mit der Nationalmannschaft die Bronzemedaille bei der Fußball-Weltmeisterschaft errangen. Zwei Weltmeister-Titel wurden 2008 allein im Armbrust-Schießen errungen. Sieben Münchner Schulen erkämpften sich mit ihren Mannschaften in neun Sportarten den Titel des 1. Landessiegers.

Freitag, 13. März, 14 Uhr, Saal des Alten Rathauses
Abschlussveranstaltung zur Öffentlichkeitsphase der „Leitlinie Bildung" mit geladenen Gästen. Nach der Begrüßung durch Stadtschulrätin Elisabeth Weiß-Söllner spricht Bürgermeisterin Christine Strobl zur Bilanz der öffentlichen Diskussion. Anschließend besteht auf einem „Marktplatz der Meinungen" Gelegenheit zur Diskussion. Im Rahmenprogramm riskiert Liedermacher Sepp Raith einige „Saitenblicke". Die Veranstaltung wird moderiert von Ute Rauscher vom Bayerischen Rundfunk.

Freitag, 13. März, 12 Uhr,
Sitzungssaal der MVV-GmbH, 2. Stock, Thierschstraße 2
„Mit dem Rad zum Bahnhof – Planung, Bau und Unterhalt der Bike+Ride-Anlagen" – dies sind die Themen des neuen Leitfadens der Inzell-Initiative für die Region München. In einem Pressegespräch stellen der Initiator der Inzell-Initiative, Oberbürgermeister Christian Ude, Staatssekretärin Katja Hessel, Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie, Christoph Huß, Leiter Entwicklung Ausland, Typzulassung und Verkehrsmanagement, BMW-Group, und Alexander Freitag, Geschäftsführer MVV-GmbH, den neuen Leitfaden vor.

Freitag, 13. März, 20 Uhr, Prinzregententheater
Oberbürgermeister Christian Ude spricht Grußworte zum 3. Münchner Aids-Konzert. Es spielt das Münchener Kammerorchester unter der Leitung von Alexander Liebreich.

Bürgerangelegenheiten

Dienstag, 17. März, 19 Uhr,
Gaststätte „Hofbräuhaus", Münchner Zimmer, Am Platzl 9
Sitzung des Bezirksausschusses 1 (Altstadt - Lehel).

Dienstag, 17. März, 18 bis 19 Uhr, Bürgerbüro, Schellingstraße 28 a
Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 3 (Maxvorstadt).

Dienstag, 17. März, 19.30 Uhr, Palais Dürckheim, Türkenstraße 4
Sitzung des Bezirksausschusses 3 (Maxvorstadt).

Dienstag, 17. März, 16 bis 18 Uhr,
BA-Geschäftsstelle Mitte, 5. Stock, Tal 13
Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 5 (Au - Haidhausen) mit der Vorsitzenden Adelheid Dietz-Will. In dieser Zeit ist die Vorsitzende auch unter der Telefonnummer 22 80 26 64 erreichbar.

Dienstag, 17. März, 19.30 Uhr,
Gaststätte „Goldener Hirsch", Renatastraße 35
Sitzung des Bezirksausschusses 9 (Neuhausen - Nymphenburg).

Dienstag, 17. März, 19.30 Uhr,
Gaststätte „Gartenstadt", Naupliastraße 2
Sitzung des Bezirksausschusses 18 (Untergiesing - Harlaching). Zu Beginn der Sitzung findet eine ***Bürgersprechstunde*** mit dem Vorsitzenden Thomas Schwindel statt.

Meldungen

„Kandinsky – Absolut. Abstrakt": Erfolgreichste Ausstellung in der Geschichte des Lenbachhauses
(10.3.2009) Nach 116 Ausstellungstagen wurde die große Bilder-Schau „Kandinsky – Absolut. Abstrakt" in der Städtischen Galerie im Lenbachhaus am Sonntag, 8. März, um 22 Uhr geschlossen. Insgesamt 409.020 Kunstinteressierte waren gekommen, um die Gemälde aus Paris (Centre

Pompidou), New York (Solomon R. Guggenheim Museum), München (Städtische Galerie im Lenbachhaus) und vielen anderen Städten in dieser einmaligen Zusammen- und Gegenüberstellung zu sehen.
Durchschnittlich pilgerten 3.530 Besucherinnen und Besucher täglich in den Kunstbau und ins Lenbachhaus. Die Tagesspitze wurde am 7. März erreicht: 5.313 Menschen strömten an diesem Tag in die Ausstellungsräume. Im Schnitt hielten sich die Besucher jeweils zirka eineinhalb Stunden in den beiden Ausstellungen auf („Kandinsky – Absolut. Abstrakt" und „Kandinsky – Das druckgrafische Werk").
Mit dem Ende der Kandinsky-Ausstellung schließt das Lenbachhaus für die Generalsanierung der Städtischen Galerie. Bis voraussichtlich 2012 wird das Haus nach Plänen von Foster + Partners umgebaut und erweitert. Der Kunstbau bleibt in dieser Zeit geöffnet. Ab 28. März ist dort Dan Flavins Lichtinstallation „Untitled (For Ksenia), 1994" zu sehen. Nähere Informationen telefonisch unter 2 33-3 20 20 oder 2 33-3 20 82 beziehungsweise E-Mail: presse-lenbachhaus@muenchen.de

Neues Wohnen am Agfapark

(10.3.2009) Mit der Änderung des Flächennutzungsplanes mit integrierter Landschaftsplanung und der Aufstellung des Bebauungsplanes mit Grünordnung Nummer 1979 für den Bereich Tegernseer Landstraße (nordöstlich), Spixstraße (südöstlich), Perlacher Straße (südlich), Untersbergstraße (westlich) und Weißenseestraße (nordöstlich) – ehemaliges Agfa-Gelände – sollen auf dem bislang ausschließlich gewerblich genutzten Gelände die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die städtebauliche Neuordnung des Areals gemäß den sanierungsrechtlichen Zielen geschaffen werden.
Entlang der Tegernseer Landstraße wird ein Kerngebiet und ein Gewerbegebiet ausgewiesen, um die Voraussetzungen für 1.000 bis 1.200 Arbeitsplätze für klassische Gewerbe- und Büronutzung zu schaffen und den Verbleib der Agfa Gevaert Health Care GmbH am Standort zu ermöglichen.
Im geschützten rückwärtigen Bereich werden allgemeine Wohngebiete ausgewiesen. Hier ist die Errichtung von 900 bis 1.000 Wohneinheiten in Form von Mietwohnungen, Eigentumswohnungen und gefördertem Wohnungsbau vorgesehen. Die erforderlichen sozialen Infrastruktureinrichtungen (Kindertageseinrichtungen) werden als integrierte Einrichtungen in den Wohngebieten und auf einer Fläche für Gemeinbedarf nachgewiesen.
Wohngebietsnahe Nahversorgungs- und Dienstleistungsstrukturen sind durch die Ausweisung eines Mischgebietes möglich.
Im zentralen Bereich wird eine öffentliche Grünfläche festgesetzt, die die Freiflächenversorgung der zukünftigen Bewohnerinnen und Bewohner sichert und eine übergeordnete Verknüpfung mit dem östlich des Planungs-

gebietes gelegenen Park an der Weißenseestraße herstellt. Zwischen der Spix- und der Weißenseestraße wird eine öffentliche Straßenverkehrsfläche ausgewiesen, die die ausreichende Erschließung des Kerngebietes, des Gewerbegebietes und des Mischgebietes sichert. Die allgemeinen Wohngebiete sind durch das bestehende Straßennetz ausreichend erschlossen. Im Plangebiet werden neue Fuß- und Radwegeverbindungen geschaffen und somit die bisher vorhandene städtebauliche Barriere beseitigt.
Die Planunterlagen werden vom 16. März mit 16. April dargelegt:

- beim Planungsreferat, Blumenstraße 28 b (Hochhaus), Erdgeschoss, Raum 071 Auslegungsraum – barrierefreier Eingang an der Ostseite des Gebäudes, auf Blumenstraße 28 a –, (Montag mit Freitag von 6.30 bis 20 Uhr)
- bei der Bezirksinspektion Süd, Implerstraße 9 (Montag, Mittwoch, Donnerstag von 8 bis 12 Uhr, Dienstag von 8 bis 12 Uhr und 14 bis 18.30 Uhr, Freitag von 7 bis 12 Uhr)
- bei der Stadtbibliothek Obergiesing, Schlierseestraße 47 (Montag, Dienstag, Donnerstag, Freitag von 10 bis 19 Uhr, Mittwoch von 14 bis 19 Uhr).

Eine öffentliche Erörterung findet am Dienstag, 31. März, um 19 Uhr im Großen Casino der Agfa Gevaert Health Care GmbH (Zugang über das Werkstor der Agfa in der Perlacher Straße, gegenüber der Hausnummer 39) statt.

Zweite Vorbereitungssitzung für die Stadtteilwoche Feldmoching - Hasenbergl - Nordheide - Hart

(10.3.2009) Vom 3. bis 10. Juli findet auf Beschluss der Bezirksausschüsse 11 (Milbertshofen - Am Hart) und 24 (Feldmoching - Hasenbergl) eine Stadtteilwoche in den Stadtteilen Feldmoching, Hasenbergl, Nordheide und Hart statt. In einer ersten Sitzung am 15. Januar wurden alle im Viertel ansässigen Vereine, Initiativen, Institutionen, Künstlerinnen und Künstler sowie alle interessierten Bürgerinnen und Bürger, die an diesen Stadtteil-Kulturfestivals unter dem Motto „Wir machen was" mitwirken wollen, eingeladen. Die Programmplanungen laufen auf Hochtouren: Organisationen, Künstlerinnen und Künstler aus den Stadtvierteln beteiligen sich mit attraktiven Programminhalten; Vereine, Initiativen und Institutionen aus dem Stadtteil präsentieren sich am Samstag und Sonntag, 4. und 5. Juli, von 15 bis 18 Uhr mit Infoständen, Aktionen und Bühnendarbietungen. Als Spielorte werden neben dem Veranstaltungszelt am Dülferanger auch die vorhandenen öffentlichen und Stadtteilkultur-Einrichtungen genutzt.
Das Kulturreferat informiert nun in einer zweiten gemeinsamen und öffentlichen Vorbereitungssitzung über die derzeitigen Veranstaltungsplanungen

und lädt alle Interessierten herzlich zur Teilnahme am Mittwoch, 11. März, um 19 Uhr in der Stadtbibliothek Harthof, Parlerstraße 74, ein.
Nähere Informationen erteilt das Kulturreferat unter 2 33-2 81 25. Die Termine sind auch unter *www.muenchen.de/stadtteilkultur* einsehbar.

Seminar „Was hat Antisemitismus mit mir zu tun?"
(10.3.2009) Im Rahmen des umfangreichen Begleitprogramms zur Ausstellung „Antisemitismus? Antizionismus? Israelkritik?", die bis 31. März im Gasteig in München gezeigt wird, finden am 12., 13. und 14. März drei Seminare statt. „Was hat Antisemitismus mit mir zu tun?" – Diese Frage stellt das Seminar „Alltagserfahrungen mit Antisemitismus" mit den Referentinnen Barbara Schäuble und Juliane Karakayali. Anhand von handlungsorientierten Übungen wird Anleitung gegeben, wie antisemitische Stereotype und Argumentationsmuster erkannt werden können. Zudem werden aktuelle Formen von Antisemitismus problematisiert.
Am Donnerstag, 12. März, und Freitag, 13. März, finden die Seminare für Schulklassen der 9. bis 13. Jahrgangsstufe statt. Für Einzelpersonen (Schüler, Schülerinnen, Erwachsene) wird das Seminar am Samstag, 14. März, wiederholt (10 bis 16 Uhr, Gasteig, Rosenheimer Straße 5, Seminarraum 0131). Für die kostenlose Teilnahme sind noch Plätze frei; Anmeldung erbeten unter Telefon 2 33-2 44 34.
Nähere Informationen zu Ausstellung und Begleitprogramm im Internet unter *www.ns-dokumentationszentrum-muenchen.de.*

Bayrischer Tanzkurs für Fortgeschrittene
(10.3.2009) Das Kulturreferat und die Tanzschule Wolfgang Steuer bieten wieder einen Tanzkurs für Bayrisch Tanzen – diesmal für Fortgeschrittene – mit Katharina Mayer (Tanzmeisterin des Kocherlballs) und der Tanzlmusi „Die Schreinergeiger" an. Voraussetzung für alle Tänzerinnen und Tänzer ist die Kenntnis des Walzers, gelehrt werden Figurentänze, einfache Landler und Zwiefache. Der Kurs beginnt am Samstag, 14. März, 12 bis 14.30 Uhr, und findet insgesamt dreimal für jeweils zweieinhalb Stunden statt (14., 21. und 28. März, Tanzschule Wolfgang Steuer, Schützenstraße 8, Studio 1). Die Kosten für den gesamten Kurs betragen 76 Euro. Anmeldung nur unter *www.tanz.de/kursangebot/dance-specials/bayrisch-tanzen* oder Telefon 54 59 55 0.
Der Kurs ist eine gute Vorbereitung für die kommenden Maitanz-Veranstaltungen. Aufgrund der großen Anfrage wird schnelle Anmeldung empfohlen. „Bayrisch Tanzen" ist eine Kooperation zwischen dem Kulturreferat, Abteilung 4 Kulturelle Bildung, Internationales, Urbane Kulturen und der Tanzschule Wolfgang Steuer. Nähere Informationen im Internet unter *www.muenchen.de/kulturreferat/volkskultur.*

Winterdienstbilanz für Montag, 9. März

(10.3.2009) Hier die aktuellen Winterdienst-Zahlen:

Montag, 9. März:

Einsatzzahlen:

Personal: 183 Fahrzeuge: 118

Streuguteinsatz:

Salz: 38,76 t Splitt: 20,50 t

Kosten des Einsatztages: 77.595,80 Euro

Bisherige Bereitschaftstage: 12

Bisherige Einsatztage: 117

Bisher aufgelaufene Kosten im Winter 2008/2009: ***17.420.593,59 Euro***

Antworten auf Stadtratsanfragen

Dienstag, 10. März 2009

Situation bei der Gewerbesteuer
Anfrage Stadträte Hans Podiuk und Josef Schmid (CSU) vom 20.1.2009

Antwort Stadtkämmerer Dr. Ernst Wolowicz:

Ich nehme Bezug auf Ihre Anfrage vom 20.01.2009.

In Ihrer Anfrage haben Sie folgenden Sachverhalt vorausgeschickt:

„Krisen-Alarm: Stadt droht Haushaltssperre", so lautete die Überschrift einer Münchner Tageszeitung am 20.12.2008, also kurz nach den Haushaltsberatungen. Seit dem Bericht hat sich die Situation nicht verbessert, sondern die Berichte der letzten Tage aus dem Banken- und Automobilsektor sind im Gegenteil alarmierend.

Zu den im Einzelnen gestellten Fragen kann ich Ihnen Folgendes mitteilen:

Frage 1:
Wie sehen die Einnahmen der Gewerbesteuer derzeit aus?

Antwort:
Die Gewerbesteuer-Sollstellungen betragen aktuell (Stand: 09.02.2009)
1.478.530.406,49 Euro.
Gegenüber dem Haushaltsansatz von derzeit 1.580 Mio. Euro fehlen somit noch ca.102 Mio. Euro.

Frage 2:
Kann nach neuesten Erkenntnissen der Ansatz für 2009 gehalten werden oder sind schon Kürzungen abzusehen?

Antwort:
Für den derzeit bestehenden Zwischenstand bei der Gewerbesteuer liegen noch keine Erkenntnisse vor, die aktuell Kürzungen beim Haushaltsansatz der Gewerbesteuer 2009 veranlassen würden.
Allerdings muss der bestehende Gewerbesteueransatz 2009 von 1.580 Mio. Euro, bei dessen Entwicklung gegenüber den Schätzannahmen des

Arbeitskreises Steuerschätzungen vom November 2008 bereits ein zusätzlicher konjunktureller Risikoabschlag von 100 Mio. Euro berücksichtigt wurde, vor dem Hintergrund der nach wie vor nicht bewältigten Finanzmarktkrise und der sich zunehmend verschärfenden gesamtwirtschaftlichen Lage nach wie vor als ***stark risikobehaftet*** eingestuft werden.

Ein weiteres Absinken unter den derzeitigen Ansatz von 1.580 Mio. Euro erscheint insbesondere vor dem Hintergrund möglich, dass im derzeit bestehenden Jahresvorauszahlungssoll von rd. 1.320 Mio. Euro noch ein anteiliges Vorauszahlungssoll für die von der Finanz- und Wirtschaftskrise besonders betroffenen Wirtschaftszweige „Bankenwesen, Kreditgewerbe, Versicherungsgewerbe und Fahrzeugbau" von etwa 550 Mio. Euro enthalten ist.
Auch in der Liste der 20 größten Gewerbesteuerzahler sind einige Firmen aus dem Versicherungs- und Bankensektor enthalten, die derzeit noch zweistellige Millionenbeträge an Gewerbesteuer-Vorauszahlungen leisten.

Ob und ggf. wann gegenüber den bereits reduzierten Einnahmeerwartungen bei der Gewerbesteuer 2009 weitere Einnahmeeinbußen entstehen, ist nicht absehbar.
Die Stadtkämmerei überwacht die Einnahmeentwicklung bei der Gewerbesteuer laufend.
Wir werden den Stadtrat selbstverständlich unverzüglich über wesentliche Vorgänge informieren, die eine Haushaltsanpassung erforderlich machen würden.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Dienstag, 10. März 2009

Schutz der Qualität der Münchner Weißwurst
Antrag Stadtrat Helmut Schmid (SPD)

Flüsterasphalte
Anfrage Stadtrat Christian Müller (SPD)

Fahrzeuge der Landeshauptstadt mit gelber und roter Plakette werden nachgerüstet oder ersetzt
Antrag Stadtrat Georg Schlagbauer (CSU)

Welche Zukunft haben die Münchner Jobcenter?
Antrag Stadtrats-Mitglieder Siegfried Benker, Gülseren Demirel und Jutta Koller (Bündnis 90/Die Grünen)

Aufenthaltsverbote durch das Kreisverwaltungsreferat
Antrag Stadtrats-Mitglieder Siegfried Benker und Lydia Dietrich (Bündnis 90/Die Grünen)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Siegfried Benker; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Mechthild von Walter; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Thomas Hummel; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

ANTRAG

SPD-STADTRATSFRAKTION

MünchenSPD Stadtratsfraktion ▪ Rathaus ▪ 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

Helmut Schmid
Stadtrat

München, 10.03.09

Schutz der Qualität der Münchner Weißwurst

Antrag

Der Münchner Stadtrat schützt die Qualität der Marke „Münchner Weißwurst“ durch das Festhalten an der seit 1972 vorgeschriebenen Rezeptur. Die Stadtverwaltung wird gebeten, zu prüfen, wie die Bekanntmachung vom 15.03.1972 im Lichte des Europarechts in Inhalt und Verbindlichkeitsgrad so gefasst und bekannt gemacht werden kann, dass die weltbekannte Qualität der Münchner Weißwürste gewahrt bleibt.

Begründung

In den Erwägungsgründen zu den Gemeinschaftsverordnungen 2081/92 und 510/2006 zum Schutz von geografischen Angaben und Ursprungsbezeichnungen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel ist anerkannt, dass eine ständig wachsende Zahl von Verbrauchern bei ihrer Ernährung der Qualität eine größere Bedeutung als der Quantität beimisst. Angesichts der Vielfalt der im Handel befindlichen Erzeugnisse und der Menge der vorhandenen Produktinformationen soll dem Verbraucher außerdem eine klar und knapp formulierte Auskunft über die Herkunft des Erzeugnisses gegeben werden, damit er die beste Wahl treffen kann.

Der Verbraucher verbindet mit geographischen Herkunftsangaben nicht nur den Hinweis auf die Herkunft der Ware aus einer bestimmten Region, sondern eine besondere Vorstellung von Güte. Diese Vorstellung von Güte ist untrennbar mit einer

MünchenSPD Stadtratsfraktion
Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 089-23 39 26 27, Fax: 089-23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MÜNCHEN SPD

bestimmten Rezeptur verbunden. Häufig verdankt das entsprechende Produkt seine besonderen Eigenschaften der Gegend, aus der es stammt. Diese besondere Verbindung zwischen dem Hinweis auf eine bestimmte Herkunft und der Erwartung einer bestimmten Qualität gibt der geographischen Herkunftsangabe ihre Bedeutung. Im Falle der Münchner Weißwurst ist diese Annahme begründet, denn durch die Bekanntmachung der Rezeptur im Amtsblatt Nr. 9/1972 sind die Münchner Metzger an die dort beschriebene Zusammensetzung gebunden. Diese Bekanntmachung hat das ordnungspolizeiliche und lebensmittelrechtliche Ziel, in München für dort hergestellte oder in Verkehr gebrachte Weißwürste eine bestimmte Rezeptur zu definieren und durchzusetzen.

Weißwürste werden zwar mit der Verkehrsbezeichnung „Münchner Weißwürste“ auch außerhalb Münchens hergestellt, allerdings nicht stets zweifelsfrei in der vorgeschriebenen und vom Verbraucher erwarteten Zusammensetzung. Deshalb muss im Rahmen rechtlich zulässiger Möglichkeiten gewährleistet sein, dass die bekante und bewährte Rezeptur für die Münchner Weißwurst von 1972 im Interesse der Verbraucher weiterhin verbindlich bleibt.

gez.
Helmut Schmid
Stadtrat

ANTRAG

SPD-STADTRATSFRAKTION

MünchenSPD Stadtratsfraktion ▪ Rathaus ▪ 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude

Rathaus

Christian Müller
Stadtrat

München, 10.03.2009
Flüsterasphalte

Flüsterasphalte

ANFRAGE:

Die belastenden Folgen von Straßenlärm für die Anliegerinnen und Anlieger sind inzwischen weitgehend bekannt. Immer häufiger wird über die vermeintliche oder reale Möglichkeit diskutiert, diesen Lärm mittels sog. "Flüsterasphalte" zu verringern. erst in der vergangenen Woche hat das bayerische Umweltministerium eine Pressemeldung herausgegeben, in der es u.a. heißt: "Ob Autobahn, Bundesstraße oder Innenstadt, der 2003 erstmals in Deutschland eingebaute offenporige Asphalt in zweischichtiger Bauweise (ZWOPA) verringert den Lärm um 80 Prozent und mehr. Das bedeutet: „Zehn Autos sehen, aber nur zwei hören."

Wir fragen daher:

1. In welchen Bereichen und auf welchen Straßen wurde sog. "Flüsterasphalt" bisher verwendet? Welche Wirkungen sind daher bekannt?
2. Welche Lärmminderungen lassen sich feststellen ? Wie realistisch kann eine Verringerung der Lärmbelastung in der Innenstadt um 80 % oder mehr herbeigeführt werden?
3. Gibt es bisher belastbare Ergebnisse auf innerörtlichen Straßen? Wie setzt sich der Lärm dort zusammen (Motoren-, Brems, Fahrgeräusche)?
4. Wie teuer sind "Flüsterasphalte" in Verarbeitung und Unterhalt?
5. Welche weiteren Wirkungen von Flüsterasphalt sind bisher bekannt? Lässt sich dadurch eine schnellere Versickerung von Regenwasser erreichen? Sind höhere Werte an Feinstaub zu erwarten?
6. Wie schätzen die zuständigen Fachleute des Freistaats den derzeitigen Stand der Technik ein? Ist das Umweltministerium hier die fachliche Behörde?
7. Welche Erfahrungen hat die Stadt München bisher gemacht?
8. Laut Umweltministerium schließt das Konjunkturprogramm II der Bundesregierung ausdrücklich Maßnahmen zur Lärmsanierung an kommunalen Straßen mit ein. Welche Wirkungen sind auf die Stadt München zu erwarten?

gez.
Christian Müller
Stadtrat

MünchenSPD Stadtratsfraktion
Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 089-23 39 26 27, Fax: 089-23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MÜNCHEN SPD

Georg Schlagbauer

MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Antrag
10.03.09

Fahrzeuge der Landeshauptstadt mit gelber und roter Plakette werden nachgerüstet oder ersetzt

Die Landeshauptstadt München wird aufgefordert, umgehend dafür Rechnung zu tragen, dass die im eigenen Fuhrpark befindlichen Fahrzeuge, die nur mit roter oder gelber Plakette ausgestattet sind, technisch so aufgerüstet werden, dass sie eine grüne Plakette erhalten oder durch Neufahrzeuge ersetzt werden.

Begründung:

Eine vom Oberbürgermeister auf eine jüngst beantwortete Stadtratsanfrage gegebene Auskunft stellt fest, dass 22,9 % der Fahrzeuge im städtischen Fuhrpark mit einer gelben Plakette und 6,3 % mit einer roten Plakette versehen sind.
Die Süddeutsche Zeitung stellt deshalb zu Recht fest, dass damit die Stadt München im Schnitt deutlich mehr Fahrzeuge mit erhöhtem Schadstoffausstoß unterhält als die Münchner Bürger.
Da die LHM stets betont, im Bereich des Umweltschutzes eine Vorreiterrolle einnehmen zu wollen,
sollten, bevor die Bürger und die Wirtschaft Münchens weiter mit erhöhten Umweltschutzauflagen belastet werden, erstmals seitens der Stadt selbst die notwendigen Hausaufgaben gemacht werden.

Georg Schlagbauer, Stadtrat

Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München; Tel.: 233 92650; Fax: 29 13 765; email: gschlagbauer@metzgerei-schlagbauer.de

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, den 10.3.2009

Antrag

Welche Zukunft haben die Münchner Jobcenter?

● Der Oberbürgermeister wird gebeten, auch in seiner Funktion als Präsident des Deutschen Städtetags, die Bundesregierung noch einmal auf die verheerenden Folgen für die Menschen im SGB II-Bezug hinzuweisen, wenn sich die große Koalition nicht auf eine Grundgesetzänderung zur Zusammenarbeit in den Jobcenter einigt.

● Die Münchner Bundestagsabgeordneten werden gebeten sich vehement für eine Grundgesetzänderung einzusetzen, insbesondere auch hinsichtlich einer Erweiterung der Optionsmöglichkeiten.

● Das Sozialreferat wird gebeten, für den Fall, dass es nicht zu einer Einigung unter den Koalitionären für eine Grundgesetzänderung kommt, dem Stadtrat die Folgen darzustellen.

Begründung:

Aus Presseberichten konnte entnommen werden, dass sich die Mitglieder der Bundesregierung nicht darauf einigen konnten, eine Grundgesetzänderung in Angriff zu nehmen, die es ermöglichen würde, dass die Jobcenter in der bestehenden Form weiterbetrieben werden können.
Dies hätte gravierende Auswirkungen auch auf die Versorgung der Münchnerinnen und Münchner im SGB II-Bezug. Es müssen noch einmal alle Kräfte dazu verwendet werden, um die Bundesregierung zu einem Umdenken zu bewegen.
Sollte dies aber nicht erfolgreich sein, müsste umgehend ein „Notfallprogramm“ gestartet werden.
Wir befinden uns derzeit in der weltweit größten Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten. Es ist damit zu rechnen, dass die Arbeitslosenzahlen steigen werden. Und wenn diese Menschen dann von der Arbeitslosenhilfe in den SGB II-Bezug wechseln, werden die Jobcenter arbeitsunfähig. Gerade dies zeigt die Unverantwortlichkeit des Nichthandelns auf Bundesebene.
Schon die Einführung des SGB II war mit größeren Reibungsverlusten verbunden. Die Rückabwicklung würde noch wesentlich größere Probleme verursachen. Was wären die Folgen: Kooperative Jobcenter? Trennung der Aufgabenbereiche zwischen Agentur für Arbeit und Kommune? Gibt es kommunale Computerprogramme, die

Die Grünen/rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel 089 233 92620, Fax 089 233 92 684
www.gruene-muenchen-stadtrat.de, gruene.rosaliste-fraktion@muenchen.de

dann zum Einsatz kommen können? Welches Personal übernimmt welche Aufgaben? Soll es auch zu einer räumlichen Trennung kommen?
All diese Fragen und mehr müssen geklärt werden. Wenn der Stadtrat nicht bald eine Richtungsentscheidung treffen wird, dann ist zu befürchten, dass sich die ARGE gerade dann, wenn sie einen großen Zulauf an Hilfesuchenden hat, mit ihrer eigenen Abwicklung beschäftigt ist.
Das ist den Münchner Bürgerinnen und Bürgern, die sich bereits in einer schwierigen Situation befinden, nicht zuzumuten.

Initiative:
Jutta Koller (Stadträtin)
Siegfried Benker (Fraktionsvorsitzender)
Gülseren Demirel (Stadträtin)

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, den 10. 03. 2009

Aufenthaltsverbote durch das Kreisverwaltungsreferat

ANTRAG

Das Kreisverwaltungsreferat wird aufgefordert, Aufenthaltsverbote für DrogenbesitzerInnen nur auszusprechen, wenn die mitgeführte Menge von der Staatsanwaltschaft strafrechtlich verfolgt wird.

Begründung:

Das Kreisverwaltungsreferat hat derzeit folgende Regelung für das Aussprechen von Aufenthaltsverboten für Personen, die mit Betäubungsmitteln angetroffen werden: Unabhängig von der mitgeführten Menge wird grundsätzlich immer ein Aufenthaltsverbot für große Teile der Innenstadt ausgesprochen, wenn sie innerhalb bestimmter Flächen angetroffen werden. Dies, obwohl nach Auskunft des KVR bei knapp der Hälfte der festgestellten DrogenbesitzerInnen wegen der geringen Mengen keine Strafverfolgungsmaßnahmen von Seiten der Staatsanwaltschaft eingeleitet werden.

Das KVR aber spricht generell Aufenthaltsverbote aus für das Sendlinger-Tor mit umgebenden Parks, den Hauptbahnhof mit Vorplätzen, den Ostbahnhof bzw. Orleansplatz sowie den Alten Botanischen Garten. Im Jahr 2008 waren dies weit über 150 ausgesprochene Aufenthaltsverbote. Diese Aufenthaltsverbote gelten in der Regel 12 Monate. Wer in einem dieser Bereiche mit Drogen angetroffen wird, erhält das Aufenthaltsverbot für alle Bereiche. Dieses Aufenthaltsverbot wird auch dann verhängt, wenn die Staatsanwaltschaft wegen der geringen Menge keine strafrechtliche Relevanz sieht und keine Strafverfolgungsmaßnahmen einleitet.

Die Sanktionsmaßnahmen für DrogenbesitzerInnen sind beliebig geregelt: Die Verhängung der oben geschilderten Aufenthaltsverbote trifft ausschließlich diejenigen DrogenbesitzerInnen, die an den oben genannten Orten festgestellt werden. Wer aber beispielsweise in der Fußgängerzone mit der gleichen Menge Betäubungsmitteln aufgegriffen wird, erhält keinerlei Aufenthaltsverbote. Wer im Englischen Garten aufgegriffen wird (Bereich der Anlagensatzung der staatlichen

Die Grünen/rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel 089 233 92620, Fax 089 233 92 684
www.gruene-muenchen-stadtrat.de, gruene.rosaliste-fraktion@muenchen.de

Schlösser- und Seenverwaltung), erhält zunächst eine Verwarnung, bei Wiederholung aber ein Bußgeld in Höhe von 1.000,-- Euro - erhält aber auch keine Aufenthaltsverbote.

Die Begründung für die Haltung des Kreisverwaltungsreferates, grundsätzlich Aufenthaltsverbote auszusprechen, besteht darin, dass die Befürchtung besteht, dass (offene) Drogenszenen entstehen könnten. Auch bei Mengen, die eindeutig nur dem Eigenbedarf dienen, geht das KVR davon aus, dass diese theoretisch gehandelt werden könnten.

Dies führt aus unserer Sicht durch das KVR zu einer absurden Situation: Trotz der Nichtverfolgung einer Straftat von Seiten der Staatsanwaltschaft bestraft die Stadt München EigengebraucherInnen nach dem Landesstraf- und Verordnungsgesetz, wenn sie an einigen bestimmten Orten mit Betäubungsmitteln festgestellt wurden. Dies bedeutet eine Verletzung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes. Bei Nichteinhalten der Aufenthaltsverbote kommt es zur Verhängung von Bußgeldern in erheblicher Höhe.

Deshalb wird das KVR aufgefordert, seine bisherige Praxis zu ändern und sich in der Bewertung der Staatsanwaltschaft München anzuschließen, die in knapp der Hälfte der Fälle trotz vorliegen eines Straftatbestandes kein Strafverfahren einleitet.

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen-rosa liste
Initiative:
Siegfried Benker, Lydia Dietrich